

Kurzmeldungen 01/17

Exxon-Klimaforschung

Im Auftrag von US-Präsident Carter wurden 1977 auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Atlanta die globalen Umwelteinflüsse von Kohlenstoffemissionen diskutiert. Die National Academy of Sciences war zum Schluß gekommen, daß die klimatischen Auswirkungen durch die Freisetzung von CO₂ der primäre Faktor sein könnte, der die Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen über die nächsten Jahrhunderte einschränken könnte. Es gab große Unsicherheiten über die Zusammenhänge zwischen Kohlendioxid ausstoßen und dem Klima, die man nur durch außerordentliche interdisziplinäre Anstrengungen klären konnte.

Exxon-Mobile (BP/Esso) wurde dann zum Vorreiter der Klimaforschung. Mit einem Etat von 1 Mio \$ stellte Exxon einige Wissenschaftler ein. Sie nahmen in den Ozeanen Luft- und Wasserproben in verschiedenen Meerestiefen, um die Konzentration von einigen Radon- und Kohlenstoffisotopen zu messen. Die Frage dahinter war: wo bleibt das CO₂ der fossilen Brennstoffe letztlich? Ab 1980 beschäftigte Exxon zahlreiche Mathematiker damit, Klimamodelle zu entwickeln, um die Meßdaten dort einzuspeisen. 1981 wurde das Forschungsprojekt fallengelassen. Die Ölkrise kam und die Wissenschaftler waren immer noch nicht fertig, ihre enormen Datenmengen auszuwerten.

1989 endete auch die Auswertung der Daten. Exxon stellte sich unter neuer Leitung als ein Konzern neu auf und stellte die Wissenschaftlichkeit aller CO₂-Studien in Frage. Exxon gründete damals mit der amerikanischen Kohle- und Autoindustrie die Global Climate Commission. Ziel dieser Energielobby war es, alles zu stoppen, was gegen den Klimawandel unternommen werden sollte.

Die UNO hatte getagt und drohte den Ausstoß von CO₂ zu sanktionieren.

Jetzt soll Exxon-Chef Rex Tillerson Außenminister unter dem neuen Präsidenten Trump der USA werden.

Quelle: <http://www.deutschlandfunk.de/forschung-aktuell.675.de.html> 2.1.17

<http://ondemand->

[mp3.dradio.de/file/dradio/2017/01/02/vertuschte_vergangenheit_exxon_mobiles_fruhes_engagement_dlf_20170102_1648_dbff94ba.mp3](http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2017/01/02/vertuschte_vergangenheit_exxon_mobiles_fruhes_engagement_dlf_20170102_1648_dbff94ba.mp3)

Plünderung Afrikas

Ein Drittel der weltweiten Rohstoffvorkommen liegt in Afrika unter der Erdoberfläche. Für die Mehrheit der Bevölkerung dort bedeutet dieser Reichtum allerdings weit mehr Fluch als Segen. Denn ein kriminelles Netzwerk aus zwielichtigen Händlern, internationalen Großkonzernen und kapitalistischen Freibeutern hat sich den Zugang zu den Ressourcen gesichert und greift die Gewinne systematisch ab. Ein Reichtum an Öl oder anderen wertvollen Mineralien, wie etwa Gold oder Diamanten, bewirkt, dass das nationale Einkommen in einen einzigen Topf fließt, der von einer kleinen Gruppe kontrolliert wird. Diese kleine Gruppe verteilt das Einkommen um sicherzustellen, dass sie an der Macht bleibt. In Ressourcenstaaten brauchen die Herrschenden nicht die Steuern der Bürger, um den Staatsapparat zu finanzieren, und sie sind daher auch nicht auf ihre Zustimmung angewiesen.

Der ständige Zufluss ausländischer Dollars verzerrt den Kurs der Landeswährung und macht Importwaren billiger, wodurch die heimische Produktion und die Landwirtschaft untergraben werden. Ohne starke Institutionen korrumpiert die Ressourcenrente die politischen Systeme dieser Staaten so stark. Volkswirtschaften, die hauptsächlich von Rohstoffexporten abhängen, werden jedoch an der Industrialisierung gehindert: Durch die Verzerrungen im Wechselkurs verbilligen sich die Importe und die lokale Industrie wird untergraben. Die Regierungen geben lieber Geld fürs Militär als für das Gesundheits- oder Bildungssystem aus. Durch das Aussterben des

produzierenden Gewerbes entsteht ein höherer Bedarf an Importwaren - ein Bedarf, der durch den Schmuggel gedeckt wird. Gleichzeitig verkümmern staatliche Institutionen, die sich eigentlich um das Allgemeinwohl sorgen sollten.

Wenn man in Nigeria, im Kongo oder im Sudan geboren wird, hat man die Wahl: entweder man lehnt das herrschende System der Machtvergabe durch Patronage ab und verhungert oder man unterstützt es, um den Lebensunterhalt der eigenen Familie zu sichern - im Wissen darum, dass man damit ein System am Leben erhält, das den eigenen Kindern nur Elend bringen wird.

Große Mengen an Rohstoffen werden von multinationalen Konzernen auf dem Weltmarkt vertrieben, die mit unrechtmäßigen Regimen in Afrika zusammenarbeiten, etwa in Äquatorialguinea, im Kongo oder in Kamerun, Guinea, Niger, Nigeria, Äquatorialguinea, Kongo, Angola, Simbabwe, Südsudan - sogar Südafrika zur Zeit der Apartheid.

Wenn westliche Elektronikproduzenten damit aufhörten, Metalle aus dem Ostkongo zu kaufen, um neuen Bestimmungen der USA gegen konfliktträchtige Rohstoffe nachzukommen, würden viele Minenarbeiter vor Ort auf der Stelle ihren Lebensunterhalt verlieren. Das ist ein Teil der Falle. Die Ressourcenindustrie ist die Hauptursache der schlimmsten Probleme vieler afrikanischer Staaten und gleichzeitig ihre wichtigste, manchmal sogar einzige Einkommensquelle.

Ein im Grenzgebiet von Niger und Nigeria stammender Geschäftsmann, Mangal, der sich mit dem Schmuggel von chinesischen Textilien nach Nigeria ein regelrechtes Handelsimperium aufgebaut hat. Sein Aufstieg begann in den neunziger Jahren, als chinesische Fabriken mit dem Kopieren westafrikanischer Stoffmuster begannen, um sie auf dem afrikanischen Markt zu verkaufen. Der Handel mit der kopierten Ware ist in Nigeria streng verboten, also konnten die Stoffe nur auf illegalen Wegen ins Land gelangen. Das gelang schließlich mit der Hilfe von Mittelsmännern wie Mangal, der zwischen Herstellern und Vertriebspartnern agierte und eine Schattenwirtschaft verwaltete, die die Grenzbehörden ebenso wie politische Verbündete einschließt. So gewannen die Chinesen in Zusammenarbeit mit nigerianischen Verkäufern allmählich die Kontrolle über den Markt und Mangal verdiente ein milliardenschweres Vermögen. Heute reicht sein Netzwerk aus Vorratslagern und Händlern über Dubai, wo ein Großteil der geheimen Afrikageschäfte abgewickelt wird, bis nach Indien und China. Der Aufstieg Mangals steht in enger Verbindung mit dem Niedergang der Textilindustrie in Nigeria: Mitte der achtziger Jahre hatte Nigeria 175 Textilfabriken. Seitdem mussten bis auf etwa 25 alle schließen. Und viele von denen, die bis heute überlebt haben, arbeiten jetzt mit stark verringerter Kapazität. Von den 350.000 Arbeitern, die die Industrie zu ihrer besten Zeit beschäftigte, was sie zum mit Abstand wichtigsten verarbeitenden Sektor der Wirtschaft Nigerias machte, mussten inzwischen bis auf 25.000 alle gehen. Der Markt besteht heute zu 85 % aus Importen, obwohl der Import von Textilien eigentlich illegal ist.

Quelle: NachDenkSeiten 21.11.16, <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010129.html> zum Buch "Der Fluch des Reichtums" von Tom Burgis ("Looting Machine"), Preisträger des renommierten Jerwood Awards im Januar 2013, Auslandsreporter für die Financial Times

Nigeria

Nigeria ist ein föderales Land mit einer christlichen Mehrheit in den südlichen Staaten und einer größtenteils muslimischen Mehrheit in den nördlichen Staaten. Seit 1999 haben 12 Staaten die Scharia teilweise oder gänzlich eingeführt. In Nigeria verlor bei den letzten Wahlen der christliche Präsident, da er die Probleme mit den Terroristen von Boko Haram nicht militärisch unter Kontrolle bekam. Da inzwischen die nigerianische Armee im Kampf gegen Boko Haram erfolgreich ist, überfällt die Gruppe nun häufiger Nachbarländer wie Niger, den Tschad und Kamerun. Sein moslemischer Nachfolger Buhari unterstützt paramilitärische hochgerüstete Banden, der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten gegen christliche Farmer im zentralen Gürtel Nigerias. die ganz Dörfer mit Christen ausrotten.

Auch die Medien in Nigeria verschweigen dies. Über das Weihnachtsfest wurden wieder etwa 800 Christen ermordet. Es gibt eine Kultur der Straflosigkeit für diejenigen, die Christen attackieren. Im Norden Nigerias lebt eine hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen, unter ihnen viele Christen, die entweder durch die Schreckensherrschaft von Boko Haram oder durch die brutalen Attacken der Hausa-Fulani Viehhirten (die von örtlichen Behörden gedeckt werden) vertrieben wurden. Viele erhalten keinerlei Unterstützung durch nationale oder internationale Hilfsorganisationen.

Quelle: <https://www.opendoors.de/verfolgung/laenderprofile/nigeria/>

weltweite Christenverfolgung nimmt zu

Neben den Terrorattacken von Paris, Brüssel und Berlin geraten die Massaker an Christen im arabischen Raum (Syrien, Irak,), in Südostasien (Pakistan, Indonesien, Philippinen), in Afrika (Nigeria, Mali, Eritrea, Kenia, Libyen, der Zentralafrikanischen Republik, dem Tschad und Sudan) schnell in Vergessenheit. Wie im von Samuel Huntingtons umstrittenen, vor 20 Jahren veröffentlichten Buch vom „Kampf der Kulturen“ sind „Bruchlinienkonflikte“ grausame Realität geworden.

Christliche Bevölkerungsgruppen werden systematisch vernichtet. Es herrscht in ganzen Landstrichen Pogromstimmung. Ob es repressive, islamische Regime wie in Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan sind oder die Herrschaft von Terrormilizen: Tausende von Christen werden direkt getötet oder sind unter grausamen Bedingungen interniert. Europa schaut bislang weg. Die Bankrotterklärung Europas vor der eigenen Moral und Geschichte ist auch ein Stück Kapitulation. Die gefolterten und geschundenen, die hingerichteten und vergewaltigten, die ermordeten Christen sind ein Fanal unserer Zeit.

Quelle: <http://www.theeuropean.de/wolfram-weimer/10830-massenmord-an-christen> , 27.3.16

Bundeswehr in Afrika

Einsätze der Bundeswehr finden derzeit in Afghanistan, Syrien und Irak und dem Libanon statt. In Afrika ist die Bundeswehr in Somalia, Äthiopien, dem Südsudan, Sudan, der Zentralafrikanischen Republik, dem Niger, Mali und der Westsahara aktiv. Ein Schwerpunkt ist dabei Ostafrika. Hier ist die deutsche Armee nicht nur vor den Küsten Somalias im Golf von Aden präsent.

Am Flughafen von Mogadischu sind deutsche Soldaten daran beteiligt, junge Männer als Soldaten auszubilden und anschließend in den Bürgerkrieg zu schicken - für eine somalische Armee, die letztlich nur auf dem Papier besteht. Gleichzeitig berät sie das somalische Verteidigungsministerium. EU und Deutschland haben kräftig mitgewirkt an der Abspaltung des Südsudan, weil zuvor vor allem asiatische Firmen und Staaten Zugriff auf das dort lagernde Erdöl hatten. Kurz darauf zerfiel der neue Staat in einen der hässlichsten Bürgerkriege weltweit.

Flüchtlinge aus dem Nordsudan sind sie in riesigen Flüchtlingslagern gelandet.

Gekämpft wird dieser Krieg u.a. mit Waffen, die die USA - ebenfalls vor der Unabhängigkeit, mithilfe der deutschen Beluga-Reederei über Kenia in den Südsudan lieferte. Bekannt wurden diese Lieferungen, weil Piraten eines der Schiffe, die Faina, kaperten und die an Bord befindlichen Kleinwaffen plünderten. Kurz darauf begannen die NATO und die EU Ihre Anti-Piraterie-Missionen am Horn von Afrika.

In Äthiopien herrscht eine Ein-Parteien-Diktatur, die das Land hemmungslos an internationale Investoren verscherbelt und die Bevölkerung im großen Maßstab vertreibt. Angela Merkel nannte dieses Land kürzlich bei ihrem Besuch in Addis Abeba einen Stabilitätsanker und ein Beispiel für erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Bei Protesten gegen Infrastrukturprojekte und Landraub waren in den Monaten zuvor etwa eintausend Menschen getötet worden, am Tag vor ihrem Besuch verhängte das äthiopische Regime den Ausnahmezustand - für sechs Monate. Merkel jedoch

versprach eben diesem Regime Unterstützung bei der Polizeiausbildung und weitere Militärhilfe. Offizieller Anlass ihres Besuches war die Einweihung eines neuen militärischen Hauptquartiers in der äthiopischen Hauptstadt - finanziert vom Auswärtigen Amt, gebaut unter Leitung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ.

Bevor Angela Merkel nach Äthiopien ging, war sie ja in Niger und Mali, wo die Bundeswehr gegenwärtig ihren robustesten und gefährlichsten Einsatz hat. Die Bundeswehr bildet in Mali einerseits im Rahmen einer EU-Mission im Süden Truppen für den Kampf um den Norden aus; andererseits übernimmt sie selbst in Gao - im umkämpften Norden - die Aufklärung und Absicherung jener - überwiegend afrikanischer - Truppen, die das Gebiet sichern sollen. Freigekämpft werden die Orte im Norden von der Französischen Armee in enger Zusammenarbeit mit jenen Sezessionisten, welche die Krise in Mali 2012 letztlich auslösten. Die anschließende "Stabilisierung" durch die Bundeswehr erfolgt unter einem UN-Mandat, das die Rückkehr der - zuvor von der Bundeswehr im Süden ausgebildeten - malischen Armee in den Norden vorsieht. Diese Rückkehr der staatlichen Truppen wird aber wiederum von denen bekämpft, mit denen Frankreich an vorderster Front kooperiert und es wird immer offensichtlicher, dass Frankreich und Deutschland, obgleich im Bündnis, letztlich unterschiedliche Ziele verfolgen.

Quelle: Rede von Christoph Marischka bei der Demo gegen die Mandatsverlängerung der Bundeswehr am 10.12.2016 in Stuttgart, Informationsstelle Militarisation (IMI)

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010191.html>

EU-Trump-Schock

Nach Donald Trumps Wahlsieg hofft die Bundesregierung auf den Aufbau einer EU-Militärmacht und eventuell auch europäischer Nuklearstreitkräfte. Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger äußerte, er hoffe, durch den Trump-Schock sei die Bereitschaft zur Militarisation der Union dramatisch gewachsen. Für die Generation meiner Kinder, äußert der 70-Jährige, werde es nicht möglich sein, den künftigen US-Präsidenten Donald Trump als Inkarnation des westlichen Wertekanons anzusehen: "Der Westen, das sind jetzt wir", erklärt Ischinger. Berlin und die EU müssten jetzt die Verantwortung übernehmen für die Idee und die Werte des Westens.

Das Europaparlament hat am 22.11.16 eine Entschließung verabschiedet, die unter anderem den Aufbau eines militärischen EU-Hauptquartiers, die Bildung einer "politischen Führung" für EU-Militäreinsätze vorsieht. Dies läuft auf den Aufbau eigenständiger Militärstrukturen neben der NATO und unabhängig von ihr hinaus. Das Europaparlament verlangt zudem, eine "Ratsformation der Verteidigungsminister" zu gründen, um "eine dauerhafte politische Führungsrolle zu schaffen". Weil "die politischen Prioritäten der NATO und der EU" womöglich "nicht immer übereinstimmen", müsse die EU in Zukunft fähig sein, eigenständig Kriege zu führen. Das Parlament plädiert deshalb "nachdrücklich" für das "Konzept der strategischen Autonomie". Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roderich Kiesewetter, forderte, Berlin solle in Paris und in London dafür werben, einen "Nuklearschirm" für die EU zu errichten. Pläne, Europa zur militärisch operierenden Weltmacht unter deutscher Führung zu formieren, gehören zu den ältesten Konstanten der deutschen Außenpolitik.

Quelle: www.german-foreign-policy.com vom 29.11.16.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010155.html>

Dem Nahen Osten steht ein neuer Umbruch bevor

Nach dem Zusammenbruch des IS stehen der arabischen Welt viele Jahre Krieg bevor, in denen bestehende territoriale Nationalstaaten weiter unter Druck geraten und sich neue nicht bilden können. Es wird dort so lange keine stabilen Staaten und keine stabile regionale Ordnung mehr

geben. Die die Faktoren, die zu den Massenprotesten des Jahres 2011 geführt haben bestehen weiter.

Um sie zu beseitigen, bedarf es radikaler Reformen, die zu stabilen Institutionen führen, die Rechtsstaatlichkeit sichern und die Teilhabe aller an Staat und Gesellschaft gewähren, die aber auch eine Rechenschaftspflicht der Eliten einführen.

Ohne ein sicheres Gleichgewicht zwischen Sunniten, Schiiten und weiterer religiöser Minderheiten, die von ihren jeweiligen Schutzmächten abhängig sind, können keine neuen territoriale Nationalstaaten entstehen. Werden Grenzen aber erst einmal verändert, könnte ein Dominoeffekt einsetzen, und nichts bliebe, wie es ist. Die Handlungsfähigkeit Saudi-Arabiens hängt davon ab, ob der Konflikt mit Iran eskaliert. Ägypten ist wirtschaftlich zu schwach, um als regionale Ordnungsmacht wirksam zu sein. Außerdem ist das Land durch den Konflikt zwischen Militär und Muslimbruderschaft gelähmt.

Gefährdet sind alle stabilisierenden Erfolge durch die demographischen Entwicklung. In keiner anderen Region wächst die Bevölkerung so schnell wie in der arabischen Welt. Damit müssen jedes Jahr für 7 Millionen Menschen Schulen, Arbeitsplätze und Wohnungen geschaffen werden. In Ägypten hat sich die Bevölkerung seit dem Jahr 1950 vervierfacht. Diese „Bevölkerungsexplosion“ ist kaum mehr in den Griff zu bekommen.

Quelle: http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/analyse-warum-gibt-es-keinen-frieden-im-nahen-osten-14543281.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 , 29.11.16

Atommüll-Folgekosten

Die Bundesregierung hat entschieden, die Rückstellungen der Atomkonzerne in Höhe von etwa 23,5 Milliarden Euro an den Bund übergehen. Bei den 23,5 Milliarden Euro handelt es sich voraussichtlich nur um einen Bruchteil der Gesamtkosten. Alles, was über die Rückstellungen hinausgeht, muss dann von der Allgemeinheit, also den deutschen Bürgern übernommen werden. Die AKW-Betreiber bleiben weiterhin für die Entsorgung und den Abriss der AKW verantwortlich. Aber Betrieb und Finanzierung der Zwischen- und Endlager soll an den Staat übergehen. Nach einer Berechnung des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ist die Stromerzeugung aus Atomenergie in den Jahren von 1970 bis 2014 mit rund 190 Mrd Euro gefördert worden. Die Bundesregierung schätzt selbst, dass die Kosten für Stilllegung, Rückbau und Lagerung bis zu 170 Mrd Euro betragen können.

Die Konzerne könnten sich nun nicht einfach aus der Verantwortung stehlen, in dem sie Tochtergesellschaften gründen oder versuchen die Haftung zu verkleinern.

Quelle Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) 20.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/geschenke-an-die-atomwirtschaft.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202022.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Die Rückstellungen für Entsorgungsverpflichtungen der AKW-Betreiber für den Atommüll betragen Ende 2014 38,3 Mrd. Euro. Diese Summe unterteilt sich in Kosten für die Endlagerung der heißen hochradioaktiven Abfälle und das noch nicht existierende „Endlager“ in Höhe von 20 Mrd. Euro, Kosten für Sortierung und Verpackung aller radioaktiver Abfälle in Höhe von 10 Mrd. Euro, Kosten für die Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle in Höhe von 6 Mrd. Euro, die Kosten für die Endlagerung von kalten radioaktiven Abfällen im Schacht Konrad; 4 Mrd. Euro und die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau der AKW. Es ist davon auszugehen, dass die künftigen Kosten überproportional steigen werden.

Quelle: Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton AG , 9.10.15

Die Atomkraftwerksbetreiber waren nicht bereit, ihre Klagen gegen den von Regierung und Parlament beschlossenen Atomausstieg zurückzunehmen. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat nun entschieden, daß der Atomausstieg der Bundesregierung zulässig ist, aber wegen der Beschleunigung des Atomausstiegs nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011 stehe den AKW-Betreibern eine „angemessene“ Entschädigung zu. Statt der geforderten 19 Milliarden Euro werden die AKW-Betreiber nur einen dreistelligen Millionenbetrag als Entschädigung für den Atomausstieg erhalten.

Quelle pv-magazine.de | Sandra Enkhardt 6.12.16

http://www.sonnenseite.com/de/politik/bundesverfassungsgericht-bestaetigt-atomausstieg.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20Dezember%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Brennelementesteuer

Die Steuer wird seit 2011 beim Austausch von AKW-Brennelementen erhoben. Weil die Steuer Ende 2016 auslaufen soll, haben die Atomkonzerne dieses Jahr sogar nur ein Minimum ihrer Brennelemente erneuert und den regulären Austausch außerplanmäßig ins neue Jahr geschoben. Bis 2022 werden die Energiekonzerne durch den Wegfall der Brennelementesteuer knapp sechs Milliarden Euro sparen.

Quelle: .ausgestrahlt 15.12.16.

<http://www.ausgestrahlt.de/brennelemente-steuer/dossier>

französische AKW unsicher

Ein aktuelles Gutachten des Londoner Ingenieurbüros John Large im Auftrag von Greenpeace kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt 107 Bauteile an 14 französischen AKW-Standorten gravierende Probleme mit mangelhaftem Stahl aufweisen. Die Untersuchung beschreibt Mängel an Dampferzeugern und anderen AKW-Bauteilen aus der Stahlschmiede Creusot Forge des französischen Areva-Konzerns. Der verwendete Stahl weist eine zu hohe Kohlenstoffkonzentration auf, die bei starker Beanspruchung zu einem Bersten des Materials führen kann. Bei 19 Reaktoren sind die Kohlenstoff-Anomalien an den Dampferzeugern festgestellt worden. Das ist besonders riskant, denn auch nach Ansicht der französischen Sachverständigenorganisation Institut de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire (IRSN) kann das Versagen eines Dampferzeugers eine Kernschmelze verursachen.

Quelle Greenpeace Deutschland 5.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/32-franzoesischen-atomkraftwerken-droht-akuter-stoerfall.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

AKW-Subventionen

Die geplanten Subventionen für Hinkley Point C summieren sich laut einer Studie des deutschen Analyseinstituts Energy Brainpool auf 108 Mrd Euro. Zusätzlich verspricht der britische Staat dem Betreiberkonzern EDF ein umfangreiches Garantiepaket in zweistelliger Milliardenhöhe. 2014 hatte die EU-Kommission die Beihilfen genehmigt. Gegen die Genehmigung klagten daraufhin Greenpeace Energy, die oekostrom AG aus Österreich sowie einige deutschen Stadtwerke vor dem EuGH. Das Subventionspaket ist mittlerweile von der britischen Regierung überarbeitet worden. Gestern erst hatte EDF den neuen Beihilfebedingungen zugestimmt.

Weitere EU-Staaten wie Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn planen ebenfalls den Bau von Atomreaktoren, am konkretesten ist derzeit das AKW-Projekt Paks II in Ungarn. Die vier Staaten

hatten Anträge beim EuG gestellt, als Streithelfer in das Verfahren zu Hinkley Point C auf Seiten der beklagten EU-Kommission einzusteigen, um deren Argumentationsweise zur Genehmigung der Atombeihilfen zu verteidigen.

Quelle GREENPEACE ENERGY 2.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/greenpeace-energy-will-rechtsmittel-vor-dem-europaeischen-gerichtshof-einlegen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Braunkohle-Reserve

Als erstes von acht Braunkohlekraftwerken geht das Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt in die von der Bundesregierung beschlossene Braunkohle-Reserve. Doch Buschhaus erzeugt schon seit über einer Woche keinen Strom mehr. Der Grund: Der Tagebau ist leer.

„Der Fall Buschhaus zeigt deutlich, wie unverschämt die Kohle-Lobby ihre Interessen bei der Braunkohle-Reserve durchgesetzt hat. Ein Transport der Braunkohle aus dem mitteldeutschen Revier lohnt sich offensichtlich für die MIBRAG nicht mehr, sie schaltete das Kraftwerk ganz ohne Reserve ab. Nun verdient der Energiekonzern noch vier Jahre lang Geld für ein stillgelegtes Kraftwerk. Und das auf Kosten der Stromkunden“, sagt Dr. Christiane Averbeck, Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland.

Bis 2013 gehörte das niedersächsische Kraftwerk Buschhaus noch dem Energiekonzern E.on, der das Kraftwerk 2017 stilllegen wollte. Mit der Auskohlung des Helmstedter Reviers hätte sich ein Weiterbetrieb des Kraftwerks für den Energieversorger nicht mehr gelohnt. MIBRAG übernahm das Kraftwerk zu einem Spottpreis und kündigte an, die Braunkohle nach Ende des Tagebaus aus dem rund 150 km entfernten mitteldeutschen Revier zwischen Halle und Leipzig zu beziehen.

MIBRAG ist eine 100-%ige Tochter des tschechischen Energiekonzerns EPH, der europaweit fossile Risikogeschäfte kauft und künftig in der Lausitz die Braunkohle von Vattenfall übernehmen will.

Quelle Klima-Allianz Deutschland 30.9.16,

http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/T%C3%A4uschung-bei-Braunkohlestillegung_Klima-Allianz_30.10.pdf

EEG-Umlage steigt

Die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW haben am Freitag die EEG-Umlage für den nicht-privilegierten Letztverbrauch für das Jahr 2017 veröffentlicht: Sie wird 6,88 ct/kWh betragen. Dies ist verglichen mit dem laufenden Jahr, in dem der Wert bei 6,354 ct/kWh liegt, ein Anstieg um 8,3 %

Zur Zusammensetzung der EEG-Umlage geben die Übertragungsnetzbetreiber in der dazugehörigen Studie an, dass etwa 2,6 Cent auf die Photovoltaik entfallen, 1,8 Cent auf die Biomasse, 1,5 Cent auf Windenergie an Land und 0,9 Cent auf Offshore-Windenergie.

Nach Einschätzung der Gutachter wird der Nettostrombedarf bis zum Jahr 2021 auf knapp 503 TWh zurückgehen, außerdem rechnen sie nur noch mit einer leichten Zunahme des umlagefreien bzw. privilegierten Eigenverbrauchs von insgesamt rund 1,2 TWh. Der privilegierte Letztverbrauch soll demnach von gut 114 TWh im Jahr 2017 auf knapp 113 TWh im Jahr 2021 absinken; der nicht-privilegierte Letztverbrauch soll 2021 bei rund 324 TWh liegen.

Quelle pv-magazine.de 14.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/energie/eeg-umlage-2017-bei-688-cent-pro-kilowattstunde.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Strom-Netzentgelte steigen

Überhöhte Gebühren sind Kostentreiber der Energiewende. Zum Jahreswechsel steigen die Gebühren für den Stromtransport um rund 10 %. Einem Durchschnittshaushalt entstehen so Mehrkosten von 23 Euro netto im Jahr. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Energie- und IT Unternehmen LichtBlick vorgelegte Analyse der Netzentgelte 25 großer regionaler Netzbetreiber. Damit steigen die Leitungsgebühren für die Verbraucher erneut deutlich stärker als die EEG-Umlage.

Nach der LichtBlick-Analyse erhöhen 20 der 25 untersuchten Netzbetreiber zum 1. Januar 2017 ihre Gebühren. Ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden zahlt im nächsten Jahr 273 Euro netto für Netzgebühren – hinzu kommt die Mehrwertsteuer. Die Netzentgelte machen mehr als ein Viertel des Strompreises aus und sind damit der größte Kostenblock auf der Rechnung der Verbraucher. Die hohen Entgelte sind nicht durch den Netzausbau und die Energiewende zu erklären.

Zum Vergleich: Für die ebenfalls höhere EEG-Umlage fallen im nächsten Jahr 241 Euro netto an. Während die EEG-Kosten seit 2015 um 25 Euro gestiegen sind, zogen die Netzgebühren um 37 Euro an.

Quelle LICHTBLICK 19.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/energie/strom-netzentgelte-steigen-bundesweit-um-10-staerker-als-die-eeg-umlage.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202022.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

globaler Energiebedarf sinkt

Der Weltenergieat zeigt in seinem neuen Bericht, dass der Energiebedarf pro Kopf noch vor 2030 seinen Höhepunkt erreichen wird. Dies steht im starken Kontrast zum Wachstumsniveau in der Vergangenheit - seit 1970 hat sich der globale Energiebedarf mehr als verdoppelt. Auf dem 23. World Energy Congress in Istanbul wurde ein neuer Bericht vorgestellt.

Haben wir in der Vergangenheit hauptsächlich vom Öl-Fördermaximum oder Peak Oil gesprochen, sehen die Energieexperten nun bahnbrechender Umwälzungen in der Spitzennachfrage.

Die Nachfrage nach Elektrizität wird sich bis 2060 im Vergleich zum Niveau heute verdoppeln.

Solar- und Windenergie, die aktuell rund 4% der Stromerzeugung ausmachen, werden am stärksten wachsen und bis 2060 einen Anteil von 20 bis 39 % an der Stromerzeugung haben.

Der Verbrauch fossiler Brennstoffe könnte laut eines der Szenarien auf bis zu 50 % des Primärenergie-Mixes sinken.

In allen drei Szenarien wird das Kohlenstoff-Emissionsbudget in den nächsten 30 bis 40 Jahren überschritten. Öl wird weiterhin eine signifikante Rolle im Transport-Sektor spielen und macht in allen drei Szenarien bis 2060 über 60 % des Energie-Mixes aus.

Alle Szenarien weisen auf einen Anstieg der Gasnachfrage bis 2060 hin. Zwischen 2035 und 2045 wird eine mögliche Spitzennachfrage nach Öl erwartet.

Quelle Weltenergieat (World Energy Council) 10.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/politik/der-globale-energiebedarf-sinkt-dauerhaft.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202015.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

EU will Einspeisevorrang für Erneuerbare kippen

Wenn es nach dem Willen von Brüssel geht, sollen Photovoltaik- und Windkraftanlagen künftig nicht mehr bevorzugt ins Netz einspeisen dürfen.

Nach einem Bericht des „Guardian“ plant die Generaldirektion Energie der EU-Kommission, im Zuge der neuen Erneuerbaren-Energien-Richtlinie den Einspeisevorrang für Photovoltaik und Windkraft abzuschaffen. Die britische Tageszeitung beruft sich in ihren Bericht auf ein Dokument aus Brüssel, das sich auf eine Neufassung der Richtlinie für die Zeit nach 2020 bezieht, in dem vier Modelle für eine flexiblere und wettbewerbsfähige Energieerzeugung vorgeschlagen werden. Der Einspeisevorrang ist der zentrale Baustein der Energiewende. Würde der Vorrang gekippt, könnten Kohle- und Atomstrom wie früher das Netz verstopfen und den Zugang von Solar- und Windstrom blockieren. Das Ergebnis wäre faktisch ein Vorrang für fossile Kraftwerke.

Quelle pv-magazine.de, 3.11.16

http://www.sonnenseite.com/de/politik/eu-will-einspeisevorrang-fuer-erneuerbare-kippen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20November%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Nach dem Vorschlag zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie für eine „Regulierung des Elektrizitätsmarkts“ soll der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien (EE) wegfallen, sobald ein Mitgliedsland einen Anteil von 15 % EE am Stromverbrauch erreicht hat. Dies führt dazu, dass Strom aus klimaschädlicher Erzeugung den erneuerbaren Strom im Netz verdrängt und mehr Treibhausgase ausgestoßen werden.

„Die vorrangige Einspeisung von erneuerbarem Strom ist eingeführt worden, um Wettbewerbsnachteile für die Erneuerbaren auf den Energiemärkten auszugleichen. Denn Umwelt- und Klimafolgekosten, wie sie bei der Verbrennung von Kohle entstehen, werden bei der Preisbildung noch immer nicht berücksichtigt.

Quelle Deutsche Umwelthilfe 29.11.16

http://www.sonnenseite.com/de/politik/deutsche-umwelthilfe-kritisiert-eu-vorschlaege-zur-zukunft-von-erneuerbaren-und-energieeffizienz.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20Dezember%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Anteil Erneuerbarer Energien

Die Erneuerbaren Energien werden 2016 voraussichtlich 32% des Bruttostromverbrauchs in Deutschland decken. Laut Energiekonzept der Bundesregierung soll bis 2020 der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 35 % betragen.

Deutliche Zuwächse ergeben sich vor allem aus der Stromerzeugung aus Windkraft offshore: Diese stieg um fast 57 % auf etwa 13 Mrd. kWh (2015: 8,3 Mrd. kWh). Die Stromerzeugung aus Wind onshore ging trotz eines Zubaus von Windkraftanlagen hingegen um fast 6 % auf voraussichtlich 67 Mrd. kWh zurück (2015: 70,9 Mrd. kWh). Grund waren die schlechten Windverhältnisse in diesem Jahr. Mit einem Anteil von fast 35 % an der Stromerzeugung aus Erneuerbaren bleibt die Windenergie an Land weiterhin die stärkste Erneuerbaren-Quelle – gefolgt von der Photovoltaik (PV) mit 20 %.

Quelle Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) 21.12.016

http://www.sonnenseite.com/de/energie/erneuerbaren-anteil-liegt-2016-bei-rund-32.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2024.%20Dezember%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Erneuerbare Energien in Europa

Die Kosten für Strom aus Erneuerbare Energien variieren in Europa beträchtlich. In Kroatien oder Griechenland etwa kostet Windstrom bei gleichen meteorologischen und technischen Bedingungen

doppelt so viel wie in Deutschland. Der Grund dafür sind hohe Kapitalkosten durch große Unterschiede bei den Zinssätzen in der Projektfinanzierung.

Die Stromproduktion mit Erneuerbaren Energien ist in den Ländern mit hohen Zinssätzen deshalb oftmals trotz physikalisch günstigerer Bedingungen teurer als in Ländern mit niedrigeren Zinsen. Um die Zinsen für Erneuerbare-Energien-Investitionen auf ein europaweit möglichst niedriges Niveau zu senken und Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen deutlich günstiger zu machen, schlägt Agora Energiewende ein europäisches Bürgschaftsprogramm vor.

Neben der unterschiedlichen Kreditwürdigkeit der Mitgliedstaaten liegen die Unterschiede bei Erneuerbare-Energien-Anlagen vor allem darin, wie sehr Investoren daran glauben, dass eine heute zugesagte Förderung auch in der Zukunft Bestand hat. Matthias Buck, Leiter Europäische Energiepolitik bei Agora Energiewende hat gemeinsam mit dem früheren Investmentbanker Ian Temperton den Vorschlag für die EU Renewable Energy Cost Reduction Facility ausgearbeitet. Derartige Bürgschaften sind international weit verbreitet, um mögliche Zahlungsausfälle abzusichern und damit Projektfinanzierungen überhaupt oder zu günstigeren Konditionen zu ermöglichen, in Deutschland beispielsweise die Hermes-Bürgschaften.

Durch die von Agora vorgeschlagene „EU Renewable Energy Cost Reduction Facility“ könnte Strom aus neuen Windkraftanlagen in ganz Europa kostengünstiger werden als Strom aus neuen Kohle- und Gaskraftwerken. Bis 2030 würden Stromkunden und Steuerzahler dadurch EU-weit um rund 34 Milliarden Euro entlastet.

Der Vorschlag ist in englischer Sprache erschienen und steht unten zum kostenfreien Download bereit.

Quelle Agora Energiewende 7.10.16

Reducing the cost of financing renewables in Europe (pdf)

https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2016/De-Risking/Agora_RES-Derisking.pdf

zur Fusion von Monsanto und Bayer

Mit dem Chemie- und Pharmakonzern aus Leverkusen und dem amerikanischen Saatgut-Spezialisten gehen Unternehmen zusammen, die nur auf den ersten Blick selbständig sind. In Wirklichkeit gehören sie schon jetzt weitgehend denselben Finanzinvestoren.

Blickrock ist mit einem Anteil von sieben % der größte Aktionär bei Bayer und mit 5,75 % die Nummer zwei bei Monsanto. Vanguard ist der größte Aktionär bei Monsanto - und die Nummer vier bei Bayer. Die Capital Group steht bei beiden an dritter Stelle.

Gebraucht werden die Banken aber für die Finanzierung: Im Falle von Bayer und Monsanto geht es um ein Brücken-Darlehen von 57 Milliarden Dollar (51 Milliarden Euro), das sich fünf Institute - Bank of America, Credit Suisse, Goldman Sachs, HSBC und JP Morgan - teilen. Zusammen dürften sie mehrere hundert Millionen Dollar einnehmen. Allein dafür, dass sie das Darlehen versprechen, kassieren die Banken bereits Gebühren.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 21.9.16 „Die wahren Strippenzieher“

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/monsanto-und-bayer-bei-bayer-und-monsanto-reden-auf-beiden-seiten-dieselben-investoren-mit-1.3170377>

Bundesregierung blockiert bundesweite Gentechnik-Anbauverbote

Nach dem ressortabgestimmten Gesetzentwurf, den das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zu Gentechnik-Anbauverboten in Deutschland vorgelegt hat, wird die geplante Umsetzung einer EU-Richtlinie in ihr Gegenteil verkehrt.

Die EU-Richtlinie solle den Mitgliedstaaten mehr Möglichkeiten einräumen, Verbote für den Anbau von Gentechnikpflanzen auf ihrem Territorium auszusprechen. Der Gesetzentwurf des BMEL stelle

dafür jedoch so hohe Hürden auf, dass flächendeckende Gentechnik-Anbauverbote in Deutschland faktisch verhindert würden. Nach dem Gesetzentwurf müsse sich nicht nur die Mehrheit der Bundesländer für ein bundesweites Verbot aussprechen, sondern zusätzlich müssten auch sechs Bundesministerien einvernehmlich entscheiden. Schere davon auch nur eines aus, wäre ein Verbot für das gesamte Territorium der Bundesrepublik unmöglich.

Komme kein bundesweites Verbot zustande, erlaube der Gesetzentwurf den Bundesländern, Anbauverbote auszusprechen. Die Bundesländer wären dann möglichen Konzernklagen ausgesetzt. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf müssten die Bundesländer Verbote ausführlich begründen. Der BUND forderte die Bundesregierung auf, eine Neufassung vorzulegen, die bundesweite Gentechnik-Anbauverbote garantiere.

Quelle BUND 7.10.16

http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/bundesregierung-blockiert-bundesweite-gentechnik-anbauverbote.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Pariser Klimaschutzabkommen in Kraft

Das Klimaschutzabkommen von Paris ist in Kraft getreten. Der weltweite Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas ist nun Völkerrecht. 2018 steht die erste Verschärfungsrunde an. Das heißt, dass dann alle Länder ihre aktuellen Klimaschutzfortschritte offenlegen und ihre bisherigen Klimaschutzzusagen verschärfen sollen. Die bisherigen Ziele der Staaten reichen nicht aus, um eine Erwärmung von deutlich unter zwei Grad oder gar 1,5 Grad zu erreichen. Sie führen eher in eine "Drei-Grad-Welt", die einen äußerst gefährlichen Klimawandel zur Folge hätte.

Quelle GERMANWATCH 4.11.16

http://www.sonnenseite.com/de/politik/paris-abkommen-in-kraft-gewaltiger-schritt-und-auftrag-fuer-marrakesch.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20November%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

deutscher Klimaschutzplan

Wirtschaftsminister und Ex-Umweltminister Gabriel (SPD) legt im Auftrag der Industrie sein Veto gegen den deutschen Klimaschutzplan ein. Es gab Widerstände dagegen von der Kohlelobby gegen den vom Umweltministerium geplanten Neubaustopp für Kohlekraftwerke und ein Verbot neuer Braunkohletagebaue.

Wenn Emissionsminderungsziele eingehalten werden sollen, dann muß der Anteil von Kohlestrom bis 2040 deutlich vermindert werden und es dürfen ab 2030 keine neuen Fahrzeuge mit fossilen Antrieben mehr zugelassen werden.

Quelle Deutsche Umwelthilfe 9.11.16

http://www.sonnenseite.com/de/politik/kohleschwarzer-tag-fuer-die-klimapolitik.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20November%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Weltklimakonferenz in Marrakesch

47 arme Länder des Südens haben die Weltklimakonferenz von Marrakesch zum Erfolg geführt. Die Armen zeigen den Reichen jetzt den Weg zum Klimaschutz. Dies ist der bedeutendste Beschluss der 22. Weltklimakonferenz.

Bis 2050 wollen die meisten Länder Afrikas, aber auch Costa Rica, Sri Lanka, die Südsee-Inseln und Bangladesch zu 100% auf erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind, Bioenergie und Wasserkraft umsteigen und sich von Kohle, Gas und Öl verabschieden. 43 dieser Länder hatten sich

schon früher zum „Climate Vulnerable Forum“ (CVF) zusammengeschlossen, zum Forum der vom Klimawandel am meisten bedrohten Staaten. Das jetzt bekannt gegebene Ziel der CVF-Staaten ist das ehrgeizigste Klimaschutzziel der Welt.

China, einst Bremser beim Klimaschutz, gehört jetzt endgültig zu den Pionieren und hat der Gruppe der 47 finanzielle Hilfe beim Umstieg zugesichert.

Quelle Franz Alt 19.11.16, "The Marrakech Vision" 18.11.16

http://www.sonnenseite.com/de/franz-alt/kommentare-interviews/die-energierevolution-kommt-jetzt-von-den-armen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2019.%20November%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Klimaleugner wird Chef der US-Umwelt-Behörde

US-Präsident Donald Trump will den erklärten Klimaleugner Myron Ebell zum neuen Chef der mächtigen US-Umweltbehörde EPA machen.

Ebell arbeitet derzeit noch am neoliberalen Competitive Enterprise Institute in Washington. Dort ist er "Director of Global Warming Policy" – und wird immer dann als "Experte" in Talkshows eingeladen, wenn es darum geht, Zweifel am menschengemachten Klimawandel zu verbreiten. Wissenschaftler ist Ebell jedoch nicht. Darüber hinaus sitzt Ebell im Vorstand der "Cooler Heads Coalition", deren Ziel es ist, den "Erderwärmungs-Alarmismus" infrage zu stellen. Die Organisation gilt als eine der führenden Gruppen in Sachen Leugnung des Klimawandels und ist für ihre Gegnerschaft gegenüber Umweltbelangen bekannt.

Der aus Oregon stammende Ebell war Berater des früheren US-Präsidenten George W. Bush. Er hält den weltweiten Temperaturanstieg für gering und dessen Konsequenzen für nicht besonders gravierend. Erneuerbaren Energien steht er kritisch gegenüber. Der 63-Jährige sei ein Sprachrohr der Ölindustrie, sein Arbeitgeber Competitive Enterprise Institute habe Millionen Dollar von Exxon Mobil erhalten und mache aus Prinzip Front gegen internationale Klimaschutz-Anstrengungen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/22247-trump-macht-klimaleugner-zum-umwelt-chef> 13.11.16

neues BND-Gesetz

Der deutsche Auslandsgeheimdienst BND darf innerhalb Deutschlands nicht abhören. Er tat es dennoch. Deswegen klagt der Internet-Knoten DE-CIX dagegen, dass er seit 2009 vom BND abgehört wird. Das geplante BND-Gesetz legalisiert nun den bisher illegalen Vollzugriff. Bisher durfte der BND nur einzelne Leitungen abhören, z. B. eine Glasfaser der Telekom zwischen Luxemburg und Wien – und davon eigentlich nur zwanzig % der Kapazität. Im Gesetzentwurf fallen beide Grenzen, und der BND darf ganze Telekommunikationsnetze ohne Begrenzung anzapfen, also etwa sämtliche Telekom-Leitungen oder den gesamten Internetknoten DE-CIX. Damit wird das Ausmaß der Überwachung erheblich steigen.

Bislang galten für den BND acht Abhörgründe wie Terrorangriffe auf die BRD oder Menschen schmuggeln, die aber zuletzt auch schon aufgeweicht wurden. Mit dem BND-Gesetz kommen neue schwammig formulierte Anlässe, die de facto keine echte Begrenzung darstellen. Dazu zählen: „Gefahren für die innere und äußere Sicherheit der BRD“ oder „sonstige Erkenntnisse von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung“.

Metadaten hat der BND schon bisher gesammelt. Künftig soll der BND Metadaten anlasslos ein halbes Jahr speichern dürfen. Und nach dem neuen BND-Gesetz darf der Geheimdienst diese Daten massenhaft und automatisch an „Partner“ wie die NSA geben. Bisher gab der BND der NSA mindestens 1,3 Milliarden Metadaten jeden Monat. Mit dem neuen BND-Gesetz wird das alles legalisiert.

Die Kontrolle der Geheimdienste ist schon jetzt zersplittert in drei Gremien, die jeweils nur einen Ausschnitt sehen. Das Gesetz schafft ein viertes, „unabhängiges“ Gremium, das aber von der Bundesregierung ernannt wird. Somit gibt es weiterhin keine Kontrollinstanz, die ein vollständiges Bild über die Aktivitäten des BND hat. Effektive Kontrolle ist so unmöglich, das sieht sogar Ex-BND-Chef Gerhard Schindler so.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2016/fuenf-drastische-folgen-des-geplanten-bnd-gesetzes/> 18.10.16

Snowden zum neuen BND-Gesetz

Snowden kritisierte in dem Gespräch zudem die jüngst beschlossene Reform des Bundesnachrichtendienstes (BND). "Wir haben gesehen, dass in Deutschland Gesetze verabschiedet wurden, die als Reformen präsentiert werden, aber tatsächlich die Politik der Massenüberwachung legalisieren", sagte er dem Bericht zufolge. Solche Gesetze bedeuteten: "Ja, wir werden jeden ausspionieren, aber wir sagen euch, dass wir es tun. Und somit ist es ok."

<http://www.golem.de/news/geheimdienste-snowden-haelt-keine-verschluesselung-fuer-absolut-sicher-1610-124069.html>

Datenschutz

Alexander Dobrindt hält nicht viel vom Grundsatz der Datensparsamkeit. Die Verhandlungen zur EU-Datenschutzreform sind auf der Zielgeraden. Daher macht sich die Bundesregierung immer offener für Big Data und "Datenreichtum" stark.

Die Bundesregierung sieht wichtige Grundsätze des Datenschutzes immer mehr als Hürden für den Einsatz von Big Data. Auf einem Empfang des IT-Branchenverbandes Bitkom gab Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ein sehr deutliches Statement in diese Richtung ab. "Der bisher gültige Grundsatz, dass Datensparsamkeit das Übermaß der Dinge ist, der hat sich überholt, der muss weg", sagte der CSU-Politiker am Mittwochabend in Berlin und fügte hinzu: "Datenreichtum muss der Maßstab sein, nach dem wir unsere Politik ausrichten." Dafür wolle sich die Regierung zusammen mit dem Bitkom einsetzen.

Eine gute Gelegenheit dafür sind die derzeit noch laufenden Verhandlungen über die EU-Datenschutzgrundverordnung in Brüssel. Die Gespräche zwischen EU-Kommission, Europaparlament und EU-Ministerrat stehen kurz vor dem Ende und sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Dabei geht es auch darum, ob das Prinzip der Datensparsamkeit, das vom Parlament befürwortet wird, aus dem Entwurf gestrichen wird.

Quelle: <http://www.golem.de/news/alexander-dobrindt-grundsatz-der-datensparsamkeit-muss-weg-1511-117536.html>

TiSA

Die Zukunft von TTIP und TPP ist ungewiss, aber das Dienstleistungsabkommen TiSA wird fleißig weiterverhandelt. Seit 2012 verhandeln insgesamt 50 Länder, darunter die 28 EU-Mitgliedstaaten, über TiSA.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass jeder Staat zwar eigene Datenschutzbestimmungen haben könne, diese dürften aber keine Handelshemmnisse oder "nicht zu rechtfertigende Diskriminierung" gegenüber anderen Staaten darstellen. Damit dürften die vergleichsweise strikten EU-Datenschutzverordnungen unwirksam werden, weil andere Staaten benachteiligt würden. Es wird befürchtet, dass immer die Bedingungen des Staates mit den schwächeren Regelungen gelten werden.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/tisa-leaks-wie-das-dienstleistungsabkommen-den-datenschutz-gefaehrdet-a-1122844.html> 25.11.2016

Nitratbelastung:

Die hohen Nährstoffbelastungen aus der Landwirtschaft sind die Hauptursache für den schlechten Zustand vieler Flüsse, Seen, Küstengewässer und unseres Grundwassers.

Um die Novellierung der Düngeverordnung, die in Deutschland die EU-Nitratrichtlinie umsetzt, wird seit Jahren gestritten. Bereits 2012 kritisierte die EU-Kommission erheblichen Anpassungsbedarf bei der Verordnung und forderte die Bundesregierung zum konsequenten Handeln auf. Doch trotz hoher Stickstoffüberschüsse und enormer Defizite im Düngerecht wurde die Anpassung von Grenzwerten, Bilanzierungsvorgaben und Kontrollen bis heute verzögert. Es fehlt die schnellstmögliche Einführung der Hoftorbilanz für alle Betriebe, um eine wirksame Kontrolle der Nährstoffströme zu gewährleisten. Dies ist insbesondere zum Schutz des Grundwassers erforderlich. Die Umweltverbände fordern daher eine schärfere Düngeverordnung.
Quelle Deutsche Umwelthilfe 1.12.16

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/zu-hohe-nitratbelastung-umweltverbaende-fordern-schaerfere-duengeverordnung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2003.%20Dezember%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Bodenschutz

430 Organisationen fordern Schutz des Bodens durch die EU. Bereits über 25.000 EU-Bürger haben für ein europäisches Bodenschutzgesetz unterschrieben. Sie alle wollen mehr Rechte für die wichtige und endliche Ressource, die uns trägt und ernährt.

Ziel der Kampagne People4Soil (P4S) ist es, bis September 2017 europaweit eine Million Unterschriften zu sammeln, damit endlich der übermäßigen Versiegelung, Degradation und Erosion unserer lebenswichtigen Ressource Einhalt geboten wird.

Quelle PEOPLE4SOIL www.people4soil.eu

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/rette-den-boden-unsere-zukunft-ist-in-gefahr.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20Dezember%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Klimawandel

55 Milliarden Tonnen Kohlendioxid werden bis 2050 zusätzlich in die Atmosphäre gelangen.

Bislang sind sie in den Böden gespeichert. Doch mit zunehmender Erderwärmung verlieren die Böden immer stärker ihre Funktion als Kohlenstoffsinken, das CO₂ wird freigesetzt.

Mit der Klimaerwärmung werden die Organismen im Boden aktiver. Je aktiver sie werden, desto mehr Kohlenstoff geben sie ab.

Dadurch, so die Wissenschaftler, werde ein Teufelskreis von "positiven Feedbacks" in Gang gesetzt. Je mehr Erwärmung, desto mehr Verlust an Senken, was wiederum zu mehr Erwärmung führt. Das sei in den bisherigen Klimamodellen noch nicht berücksichtigt. Der Klimawandel dürfte erheblich schneller ablaufen, als wir bislang gedacht haben. Wir müssen davon ausgehen, dass wir den 'Point of no Return' schon überschritten haben. Der Klimawandel lasse sich nicht mehr umkehren. Allerdings könnten seine Folgen abgemildert werden.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/22352-klimawandel-nicht-mehr-umkehrbar> 3.12.16

Fleischkonsum halbieren

Die industrielle Landwirtschaft in Deutschland verursacht eine Vielzahl von Umweltproblemen: Überdüngung verunreinigt Böden und Gewässer mit zu viel Nitrat und Phosphat, Der Pestizideinsatz verstärkt das Artensterben und Großställe erzeugen gesundheitsschädliche Ammoniak- und klimaschädliche Treibhausgase.

Der Umbau des Agrarsektors kann aber gelingen, wenn die Fleischproduktion und der -konsum um 50 % zurückgehen und sich auch die Lebensmittelverschwendung bis 2050 halbiert.

Der Anbau von Obst und Gemüse in Deutschland kann nach umweltverträglichen Standards, das heißt ohne Pestizide und mit weniger Düngung durchgeführt werden. Das FIBL geht davon aus, dass bis zum Jahr 2050 etwa 30 % der Agrarflächen nach den Richtlinien des Ökolandbaus bewirtschaftet werden, die restlichen 70 % konventionell, aber dann umweltverträglich.

Greenpeace fordert darüber hinaus eine verbindliche Haltungskennzeichnung bei Fleisch und Wurstwaren.

Quelle Greenpeace 7.1.17

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/fuer-pariser-klimaziele-muessen-deutsche-fleischkonsum-halbieren.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2007.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Ammoniak in der Luft

Der geltende Grenzwert für den Ausstoß von Ammoniak wird in Deutschland seit Jahren überschritten. Die dadurch entstehende Luftbelastung gefährdet Umwelt und Gesundheit.

Die DUH verlangt die Aufstellung eines wirksamen nationalen Programms zur Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwertes. Auch mit der am 31.12.2016 in Kraft getretenen EU-Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (NERC) wächst der Handlungsdruck auf die Bundesregierung.

Die seit 2010 in Deutschland verbindlich einzuhaltende Höchstmenge für Ammoniak (NH₃) beträgt 550 Kilotonnen pro Jahr. Dieser Wert wird seit sechs Jahren um 17 bis 22 % überschritten – in den vergangenen Jahren mit steigender Tendenz. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung, einen effektiven Maßnahmenplan zu entwickeln und umzusetzen.

Ammoniak wandelt sich in der Atmosphäre zu Feinstaub um und trägt damit erheblich zur Luftverschmutzung bei. Feinstaub in der Luft ist Ursache von Herzkreislauf- und Atemwegserkrankungen, er reduziert die Lungenfunktion und verursacht Krebs.

Über 90 % der Ammoniakemissionen in Europa stammen aus der Landwirtschaft. Der größte Teil entsteht in der Tierhaltung. In geringerem Maß trägt auch der Einsatz von Kunstdünger im Ackerbau zu den Emissionen bei.

Nationale Emissionshöchstmengen für Ammoniak und andere Schadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub waren bislang in der EU-Richtlinie 2001/81/EG (NEC-Richtlinie) festgelegt. Über deren Revision wurde drei Jahre lang verhandelt.

Am 8. 12.16 hat der Ministerrat der EU nun neue Reduktionspflichten für Luftschadstoffe beschlossen. Am 31.12.2016 trat die überarbeitete Richtlinie über Nationale Emissionsreduktionsziele (NERC) in Kraft.

Quelle: <http://www.duh.de/projekte/projekte/ammoniak/>

http://www.duh.de/uploads/media/1606_Stellungnahme_Ammoniak.pdf

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/zu-viel-giftiges-ammoniak-in-der-luft.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2007.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 4.1.17

Verbrauch von Neufahrzeugen

Aktuelle Zahlen des ICCT belegen Abweichungen des Realverbrauchs von Kraftstoff bei Neufahrzeugen von durchschnittlich 42 %.

Die unabhängige Forschungsorganisation International Council on Clean Transportation (ICCT) verglich die realen Emissionen und Verbrauchswerte moderner Pkw mit den offiziellen Angaben der Hersteller. Mit 42 % haben sich die gemessenen Abweichungen gegenüber 2005 verdreifacht. Bei neuen Firmenflottenfahrzeugen liegt der Abstand sogar bei 45 %.

Bei Audi gibt es eine Lenkradkennung, mit der das Fahrzeug erkennt, dass es auf Verbrauch hin geprüft wird und es wird dann ein entsprechend optimaler Modus eingestellt, den es auf der Straße sofort verlässt.

Nun wurde auch bekannt, dass einzelne Modelle von VW bereits bei den amtlichen Nachmessungen um bis zu 35 % und mehr von den offiziellen Angaben abweichen – wohlgermerkt nicht bei Messungen auf der Straße, sondern nach dem offiziellen Prüfzyklus im Labor. Diese Fahrzeuge erfüllen nicht die Bedingungen der Typzulassung und müssten stillgelegt werden.

Die Abweichungen bei CO₂ und damit Spritverbrauch in den USA liegen im Schnitt bei 3 %. Die amerikanische Umweltbehörde (EPA) zwingt die Autohersteller bei festgestellten Abweichungen oberhalb von 4 % zur Korrektur der Angaben.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/spritmehrverbrauch.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2019.%20November%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 17.11.16

Deutsche Umwelthilfe <http://www.duh.de>

Stickoxidemissionen

Die Deutsche Umwelthilfe veröffentlichte die schmutzigsten italienischen, französischen und deutschen Diesel-Pkw mit über 13-facher Nox-Grenzwertüberschreitung und fordert den sofortigen Zulassungs- und Verkaufsstopp sowie Einfahrtsverbote in Umweltzonen für diese Diesel-Pkw, die nicht einmal den Euro 1 Grenzwert einhalten.

Durch Messungen der DUH enthüllte die DUH im Februar 2016 die zynische Strategie der Autokonzerne, die ordnungsgemäße Abgasreinigung unterhalb von +17 Grad Celsius, bei anderen Fahrzeugen unter +10 Grad Celsius einzustellen und somit die Innenstädte mit dem Dieselabgas Stickstoffdioxid stark zu belasten.

In einer aufwändigen Kältekammer-Untersuchung eines Mercedes Benz C 220 Blue Tec in Schweizer Prüflaboren gelang der DUH auch der Nachweis, dass das vorgebrachte Argument ‚Motorschutz‘ widerlegt ist. Die DUH ließ die Mercedes C-Klasse bei +26, +12, +5 und -7 Grad Celsius Labortemperatur im vorgeschriebenen Prüfzyklus NEFZ fahren. Die Ergebnisse sind eindeutig: Während der Mercedes bei 26 Grad Celsius den Grenzwert mit 71 mg/km NO_x klar einhielt, explodierte die NO_x-Emission bereits bei +5 Grad sowie bei -7 Grad Celsius um über 800 % auf 570 beziehungsweise 591 mg/km. Unter den gewählten Prüfbedingungen im jeweils betriebswarmen Zustand mit einer Öltemperatur von mindestens 80 Grad Celsius gibt es keinerlei technologische Begründung für die Aktivierung der Abschaltvorrichtung über die Außentemperatursensoren des Fahrzeugs.

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH. „Von den für die Luftreinhaltung zuständigen Bundesländern beziehungsweise den Städten mit Umweltzonen fordern wir als Sofortmaßnahme Dieselfahrverbote, wenn die Temperatur unter +10 Grad Celsius beträgt.“

Durch die in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen Audi wurden im Oktober 2016 spezielle Abschaltvorrichtungen für die Manipulation von CO₂-Angaben bekannt. Bei einer einmaligen leichten Lenkradbewegung aktiviert die Motorsteuersoftware eine Abschaltvorrichtung. In der Folge steigen der Spritverbrauch und damit der CO₂-Ausstoß deutlich an.

Quelle: [http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&&tx_ttnews\[tt_news\]=4002](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&&tx_ttnews[tt_news]=4002)
23.11.16

Feinstaub

Ruß in luftgetragendem Feinstaub kann negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die Messung von Feinstaub als PM2.5 und PM10 alleine wird dem Gefährdungspotenzial nicht gerecht. Vielmehr sollten anderen Bestandteile des Feinstaubs, wie z.B. Ruß, gemessen werden, um die gesundheitliche Belastung der Bevölkerung zu erfassen und gegebenenfalls zu reduzieren.

Die Entscheidung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahr 2012, Dieselruß als Karzinogen der Klasse 1 einzustufen, hat eine seit vielen Jahren bekannte Komponente wieder in den Fokus gerückt. Daher forderte der VDI eine Minderung des Ausstoßes von Rußemissionen vor allem aus Kraftfahrzeugverkehr und Kleinf Feuerungsanlagen.

Aufgrund der nachgewiesenen Gesundheitsrelevanz fordert der VDI daher eine flächendeckende Messung von Ruß, sowohl in Form des elementaren und organischen Kohlenstoffs als auch einer möglichen und weitergehenden Betrachtung des schwarzen Kohlenstoffs (Black Carbon).

Die derzeit verwendeten massebasierten Metriken PM2.5 und PM10 bieten keine ausreichenden Informationen für eine quellenorientierte Luftreinhaltepolitik. Insbesondere für epidemiologische Forschung zur Exposition der Bevölkerung mit luftgetragenen Partikeln würde die Ergänzung der massebasierten Metriken um weitere Luftqualitätsindikatoren wie Ruß neue Impulse bieten.

Allgemein lässt sich nach den Diskussionen auf dem VDI-Expertenforum festhalten, dass ein gravimetrisches Referenzmessnetz für die Messung des luftgetragenen Feinstaubs (PM2.5 und PM10) und die Kombination mit der Einführung neuer Metriken zur gesundheitlichen Bewertung luftgetragener Partikel zielführend ist.

Quelle VDI http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/feinstaub-kann-negative-auswirkungen-auf-die-menschliche-gesundheit-haben.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20Oktober%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
9.10.2016

Stickoxide

Die realen Stickoxidemissionen moderner Diesel-Pkw liegen durchschnittlich sieben Mal höher als laut der seit September 2014 geltenden Abgasnorm Euro 6 erlaubt.

Für die vorliegende Studie untersuchte ICCT die realen Emissionen von 15 Fahrzeugen mittels Portable Emissions Measurement Systems (PEMS), die eine genaue Aufzeichnung von Fahrzeug- und Umgebungsdaten erlauben. Es wurden Daten im Rahmen von 97 Fahrten mit insgesamt mehr als 140 Stunden Fahrzeit und 6.400 Kilometern Fahrstrecke gesammelt. Es handelt sich damit um die größte Datensammlung zum realen Fahrverhalten moderner Diesel-Pkw. Etwa die Hälfte aller neuen Pkw in der EU sind derzeit mit Diesel betrieben. Seit September 2014 gilt für alle neuen Fahrzeugtypen die Euro 6 Schadstoffnorm.

“Unsere Untersuchung zeigt, dass die realen Stickoxidemissionen moderner Diesel-Autos durchschnittlich sieben Mal höher liegen, als für die Euro 6 Abgasnorm erlaubt.

Die Experten des ICCT stießen auf große Unterschiede zwischen dem Emissionsverhalten der getesteten Fahrzeuge. Während einige der Fahrzeuge das gesetzliche Euro 6 Limit auch unter realen Fahrbedingungen erreichen konnten, lagen andere bis zu einem Faktor 25 über den erlaubten Werten.

Quelle: <http://www.theicct.org/news/pressemitteilung-reale-emissionen-moderner-diesel-autos-sieben-mal-h%C3%B6her-als-gesetzlich-erlaubt>

Attac bleibt gemeinnützig

Das Frankfurter Finanzamt hatte Attac im Frühjahr 2014 die Gemeinnützigkeit aberkannt. Zur Begründung hieß es, das Netzwerk agiere zu politisch. Im November diesen Jahres hob das Hessische Finanzgericht den Bescheid des Finanzamtes auf und stellte die Gemeinnützigkeit von Attac wieder her. Die Finanzämter legen die Abgabenordnung unterschiedlich aus. Politisch aktive Organisationen müssen weiterhin fürchten, daß ihnen die Gemeinnützigkeit entzogen wird. Gemeinsam mit anderen Organisationen hat Attac die Gründung der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" angestoßen, die im Juli 2015 die Arbeit aufgenommen hat. Der Allianz setzt sich für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht und eine Änderung der Abgabenordnung ein. Ihr angeschlossen haben sich mehr als 60 Vereine und Stiftungen - darunter neben Attac beispielsweise auch Brot für die Welt, amnesty international, medico international, Oxfam, terres des hommes und Campact.

Quelle: Attac 15.12.16 <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010188.html>

In dem Finanzrechtsstreit um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Attac Trägervereins e.V. durch das Finanzamt Frankfurt am Main III (Az. 4 K 179/16) hat das Hessische Finanzgericht am 10.11.16 in Kassel geurteilt, dass der Attac Trägerverein e.V. als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anzuerkennen ist.

Der Vorsitzende des 4. Senats des Hessischen Finanzgerichts hat im Rahmen der Urteilsverkündung am 10.11.2016 herausgestellt, dass die Abgabenordnung mit ihren Vorschriften zu den steuerbegünstigten Zwecken (§§ 51 ff. Abgabenordnung) und die hierzu ergangene Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) einen ausreichenden rechtlichen Rahmen zur steuerlichen Beurteilung auch des vorliegenden Falles enthält. Es handele sich um einen Einzelfall. Die gesetzlichen Vorgaben und die Rechtsprechung erlaubten eine politische Tätigkeit zur Erreichung des nach der Abgabenordnung anzuerkennenden Satzungszwecks. Vorliegend sei insbesondere der Vereinszweck der Förderung der Bildung weit zu verstehen. Dieser beinhalte nicht nur die Darstellung des Status Quo, sondern auch die Vermittlung von alternativen Modellen anhand einzelner Ereignisse. Die politische Tätigkeit sei auch in ein umfassendes Informationsangebot eingebettet gewesen. Ferner habe die politische Betätigung insbesondere auch unmittelbar dem Zweck der Förderung des Gemeinwesens und des Schutzes der Umwelt gedient.

Quelle: https://www.datev.de/web/de/aktuelles/nachrichten-steuern-und-recht/steuern/gemeinnuetzigkeit-von-attac-bestaetigt?stat_Mparam=int_rss_datev-de_nachrichten-steuern

Banken hatten "Maulwurf" im Finanzministerium

Die führenden deutschen Banken hatten über Jahre hinweg einen sogenannten "Maulwurf" im Bundesfinanzministerium. Das berichten Monitor und die "Bild"-Zeitung und belegen das mit internen Mails. Demnach schrieb der frühere Finanzrichter Arnold Ramackers im Sinne der Banken an Gesetzestexten mit.

Unter anderem war er dem Bericht zufolge am Gesetz beteiligt, das Banken und Anlegern ermöglichte, mit Hilfe von sogenannten "Cum-Ex"-Geschäften Milliarden von Euro am Staat vorbei zu schleusen. Nachdem ein Konzern Gewinne an seine Aktionäre ausgeschüttet hat, führt er die Steuern darauf direkt an das Finanzamt ab. Bei diesen Cum-Ex-Geschäften werden Aktienpakete so schnell gehandelt, dass unklar ist, wem sie eigentlich gehören. Und so verlangen gleich zwei Anleger von ihren Banken Bescheinigungen, dass die Steuern gezahlt wurden. Beide reichen sie beim Finanzamt ein und beide bekommen Geld zurück, obwohl am Anfang nur einmal Steuern gezahlt worden waren. Den Gewinn teilen sich die Beteiligten.

Das Finanzministerium war offenbar völlig überfordert. Und so blieb ein Schreiben des Bankenverbandes erst mal liegen. Zwei Jahre später, 1. April 2004 bezog Arnold Ramackers darauf.

Er arbeitete am neuen Gesetz mit und nimmt das Bankenschreiben als Vorlage. Nordrhein-Westfalen warnt davor und schreibt: „Mit den komplizierten Regelungen soll offenbar lediglich die bisherige Bankenpraxis legalisiert werden.“

Während Ramackers weiter für das Ministerium arbeitete, wurde er gleichzeitig von den Banken bezahlt. Aus dem Ministerium schickt Ramackers auch vertrauliche Unterlagen an die Banken. Wie viel Geld Arnold Ramackers genau von den Banken bekommen hat, verrät er nicht. Wie das Ministerium und die Bankenverbände will er keine unserer Fragen beantworten.

Später nahm Ramackers einen Beratervertrag beim Bundesverband Deutscher Banken an.

Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/medienbericht-banken-hatten-maulwurf-im-finanzministerium.447.de.html?drn:news_id=680776 vom 23.11.16

Monitor vom 29.9.16 <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/teurer-lobbyismus-100.html>

Menschenrechtsabkommen zu transnationalen Unternehmen geplant

Ein Bündnis aus kirchlichen Organisationen, Menschenrechtsgruppen, entwicklungspolitischen Initiativen und Umweltverbänden appelliert an die Bundesregierung, die Verhandlungen über ein Menschenrechtsabkommen zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen nicht länger zu boykottieren. Die Verhandlungsrunde findet vom 24. - 28. 10.16 beim UN-Menschenrechtsrat in Genf statt. Die Vereinigten Staaten, Japan und die EU haben ihre Mitwirkung bislang verweigert. Das EU-Parlament hingegen befürwortet ein Ende der Blockadehaltung.

Ob beim Abbau von Rohstoffen, der Herstellung von Textilien oder der Ausweitung der Agrarproduktion: oftmals führt die Geschäftstätigkeit multinationaler Unternehmen zu Umweltschäden oder Verstößen gegen die Menschenrechte. Meist haben die Opfer keinen Zugang zu Rechtssystemen, da sich transnationale Unternehmen durch komplizierte Strukturen der Gerichtsbarkeit entziehen.

Der UN-Menschenrechtsrat setzte daher im Juni 2014 eine Arbeitsgruppe ein, um ein rechtsverbindliches Instrument zu entwickeln, mit dessen Hilfe Unternehmen für Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden können ("Treaty"). An der ersten Sitzung im Juli 2015 hatte die Bundesregierung nicht teilgenommen. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments hingegen forderte jüngst mit großer Mehrheit eine Teilnahme der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.

Julia Duchrow, Leiterin des Referats Menschenrechte bei Brot für die Welt, sagt: "Mit TTIP und CETA wollen Deutschland und die EU den Konzernen weitgehende Investorenrechte einräumen. Gleichzeitig weigern sie sich, international verbindliche Spielregeln für den globalen Handel zu entwickeln. Jetzt bietet sich eine konkrete Chance bei den Vereinten Nationen, Menschenrechtspflichten für die Unternehmen zu beschließen. Mit einem Eintritt in die Verhandlungen könnte die Bundesregierung zeigen, dass sie es mit dem Menschenrechtsschutz ernst meint."

Quelle: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010004.html>

Studie "Auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln": <http://bit.ly/2b2vVOP>

Veranstaltung "/Der Treaty-Prozess bei den Vereinten Nationen/" am 27. Sept. in Berlin:

https://rsvp.globalpolicy.org/treaty_berlin_2016/